

der Sitzung vor allem, ob das Umweltministerium auch die Beteiligungsverwaltung der BGE übernehmen soll, die zu hundert Prozent in öffentlicher Hand bleiben soll.

Auch die Bundesregierung ist noch unentschieden, heißt es. Das hätten Vertreter des BMUB und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMW) deutlich gemacht. Hans-Christoph Pape vom BMW habe klargestellt, dass sein Ministerium bereit sei, die Beteiligungsverwaltung zu übernehmen. Dafür habe es auch die Unterstützung des Bundesfinanzministeriums. Für die Übernahme spreche, dass es bei einer Trennung zwischen BMW und BMUB zur keiner Verquickung von Interessen käme, die entstehen könnte, wenn BGE und BfE beide unter dem Dach des BMUB bestünden. Zudem habe das BMW die erforderlichen Kompetenzen in Nuklearfragen und Erfahrungen mit Großprojekten, meinte Pape.

Entschieden dagegen sprach sich Wolfgang Cloosters vom BMUB aus. Ziel der Neuorganisation sei es, durch „klare Strukturen“ Schnittstellen abzubauen, die Effizienz zu steigern und Reibungsverluste zu vermeiden. Die notwendige Steuerung des Vorhabenträgers müsse derjenige übernehmen, der die originäre Sachverantwortung für die Endlagerung habe – und das sei das Umweltministerium. Eine Streuung der Verantwortung ergebe keinen Sinn und könne zu Ineffizienzen, Streitereien und Reibungsverlusten führen.

Wolfram König, Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, sprach sich ebenfalls für die BMUB-Lösung aus. Es brauche eine „Konsistenz in der Verantwortungsstruktur“. Die neuen Strukturen dienen auch dazu, Glaubwürdigkeit aufzubauen. Diese könne aber verloren gehen, wenn der Verdacht entstände, dass die

Strukturen zu Interessenkollisionen führten. Mögliche Konflikte zwischen BGE und BfE würden sich bei einer getrennten Struktur zudem auf die Ministerialebene verschieben, sagte König.

Unter den Kommissionsmitgliedern sprachen sich vor allem die Gewerkschaftsvertreter Edeltraud Glänzer und Erhard Ott sowie Bruno Thomauske für die BMW-Lösung aus. Ott sagte, es mache Sinn, Betreiberaufgaben und Aufsicht zu trennen. Glänzer betonte, dass auch die für Entsorgungs- und Endlagerprojekte wichtige Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) sowie die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung beim BMW angesiedelt seien, was für die Kompetenz des Ministeriums spreche. Thomauske verwies ebenfalls auf die BGR und argumentierte, dass durch eine Ansiedlung der BGE beim Wirtschaftsministerium Reibungsverluste vermieden werden könnten. Zudem werde der europarechtlich in Nuklearfragen gebotene Trennungsgrundsatz zwischen Betreiber- und Aufsichtsfunktion eher in einer solchen Konstellation erfüllt, auch wenn eine solche Trennung nicht unbedingt notwendig sei.

Sylvia Kottling-Uhl (Bündnis 90/Die Grünen) verwarnte sich – wie auch andere Kommissionsmitglieder – gegen die Bemühung des Trennungsgrundsatzes. Diesem werde durch die Trennung von BGE und BfE Rechnung getragen. Es gebe kein Mehr an Erfüllung des Grundsatzes. „Entweder er wird erfüllt oder nicht“, sagte Kottling-Uhl.

Steffen Kanitz (CDU) hingegen sagte, dass der Trennungsgrundsatz gar nicht so sehr im juristischen Sinne verstanden werden müsse. Vielmehr sei es wichtig, dass die BGE auf Augenhöhe mit dem BfE agieren könne. In diese Richtung argumentierte auch Atomindustrie-Vertreter Gerd

Jäger. Die Kernfrage sei, ob das BGE unter BMUB-Beteiligung seine treibende Rolle in der Endlager-Suche eigenständig wahrnehmen könne, sagte Jäger.

Deutlich gegen eine Beteiligung des BMW sprachen sich die Ko-Vorsitzenden des Gremiums, Ursula Heinen-Esser und Michael Müller, aus. Es ergebe unter „Effizienzgesichtspunkten“ überhaupt keinen Sinn, verschiedene Ministerien einzubinden, sagte Heinen-Esser. Mit der Frage soll sich nun die zuständige Arbeitsgruppe 2 erneut auseinandersetzen.

Die Endlager-Kommission soll bis Ende Juni 2016 einen Abschlussbericht vorlegen. In ihm sollen gesellschaftliche und wissenschaftlich-technische Kriterien und Prozesse der Suche nach einem Endlager für insbesondere hoch radioaktive Abfallstoffe vorgeschlagen werden. Vorher soll ein Entwurf des Berichtes angeblich noch in der Öffentlichkeit diskutiert werden. ●

Atom Müll

Kritik am Leitbild der Endlagerkommission

Die Endlagerkommission erarbeitet ihren Schlussbericht. Der Kommissionsvorsitzende Michael Müller hat dazu ein Leitbild vorgelegt, in dem es heißt, es müsse zu einer neuen „Vertrauensbildung“ kommen, Politik und Gesellschaft müssten fähig sein, aus der Vergangenheit zu lernen.

Neben wissenschaftstheoretischen und industriepolitischen Erwägungen im Zusammenhang mit der Atomkraftnutzung für die Stromerzeugung befasst sich das Leitbild auch ausführlich mit dem Standort Gorleben.

„In den letzten Jahrzehnten kam es zu massiven gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und zu heftigem Widerstand gegen den Bau und den Betrieb von Kernkraftwerken und gegen Lagerstandorte für radioaktiver Abfälle – insbesondere in der Region um Gorleben“, schreibt Müller. Die Kommission bereite mit ihren Kriterien und Empfehlungen nun die Suche nach einem Standort für die Lagerung insbesondere hoch radioaktiver Abfälle vor, der die bestmögliche Sicherheit gewährleistet. Sie beschreibe auch nach einem ergebnisoffenen Prozess einen Pfad, der wissenschaftlich fundiert sei und größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten vermag.

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) widerspricht: „Die Fokussierung auf tiefengeologische Formationen wie Salz, Ton und Granit entspricht nicht dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Forschung. Unter dem Zeitdruck, dem die Kommission sich beugt, kann allerdings nichts anderes zustande kommen als ein derartiger Kurzschluss. Der gesellschaftliche Umgang mit dem Müll, der eine Million Jahre sicher verwahrt werden soll, darf nicht unter enormem Zeitdruck stattfinden.“ BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: „Hier wird nicht, wie behauptet, aus der Vergangenheit gelernt.“

Leitbild der Endlagerkommission: www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=15853 ●